

## Hundert Jahre Novemberrevolution

Rede von Bodo Zeuner am 8. November 2018 vor dem Brandenburger Tor

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Mitkämpferinnen und Mitkämpfer für eine humanere, gerechtere Gesellschaft in Deutschland und in der Welt,

morgen vor 100 Jahren, am 9. November 1918, wurde wenige 100 Meter entfernt von hier die Republik ausgerufen, vom Sozialdemokraten Philipp Scheidemann vom Balkon des Reichstags „die deutsche Republik“ und kurz darauf vom Spartakusführer Karl Liebknecht im Lustgarten die „Freie Sozialistische Republik Deutschland“.

Nicht nur Kaiser Wilhelm II. wurde zur Abdankung gezwungen, sondern die Monarchie im Reich und in den deutschen Staaten wurde abgeschafft. Nicht weniger als 22 Könige, Großherzöge, Herzöge und Fürsten, von Kaiser „Willem dem Doven, dem Oberganoven“, wir haben diesen Berliner Gassenhauer gerade gehört, bis zum Fürsten Heinrich dem XXVII. im thüringischen Kleinstaat „Reuß Jüngere Linie“ zu Gera, mussten auf einen Schlag ihre Thronsessel räumen.

Unzweifelhaft war das eine Revolution, ein durch massenhaft den Gehorsam verweigernde Soldaten und streikende Arbeiter erzwungener Bruch mit der bisherigen politischen Ordnung, und es war ein radikaler Wechsel der Legitimationsgründe für Herrschaft: Schluss mit dem Gottesgnadentum von Fürsten und Adel und entsprechenden Privilegien – Herrschen sollte nur noch dürfen, wer dazu vom Volk beauftragt war, deshalb hießen die neuen Machthaber „Volksbeauftragte“: Demokratie also ohne Wenn und Aber. Und unter Einbeziehung der Frauen. Sie erhielten das Wahlrecht.

### Die beschwiegene Revolution

Es ist erstaunlich, wie gründlich diese echte Revolution in der deutschen politischen Erinnerungskultur verdrängt, ja geradezu beschwiegen worden ist. Ich habe mich in meinem privaten

Umfeld umgehört, unter sonst politisch gut informierten Menschen. Wa-as? fragten sie – Du willst eine Rede halten zum 9. November vor 100 Jahren? Was soll denn da los gewesen sein? Dagegen kannten alle den 9. November als Tag des Mauerfalls 1989 und auch als Tag der NS-Pogrome 1938. Dass die Revolution von 1918 durch zufällige oder auch nicht zufällige andere Besetzungen des deutschen „Schicksalstages“ 9. November verdrängt worden ist, das ist mit Sicherheit kein Zufall.

Zufällig war, dass der Mauerfall 1989 auf genau dasselbe Datum fiel. Aber aus diesem Zufall ließ sich prächtig Kapital schlagen. Für den Mainstream stand der 9. November 1989 für eine „friedliche Revolution“, für einen Zusammenbruch der DDR, für den weltweiten Sieg des kapitalistischen Modells und für einen gestärkten deutschen Nationalstaat als dominierende Macht in Europas Mitte. Es traf sich gut, dass die vom NS-Regime 1938 organisierten antijüdischen Mordaktionen auch an einem 9. November begonnen hatten, von den Nazis übrigens durchaus bewusst auf den Jahrestag der Revolution gelegt, die aus ihrer Sicht von den „Novemberverbrechern“ von 1918 veranstaltet worden war. Nach 1989 ließ sich in Gedenkreden zum 9. November betonen, dass das neue vergrößerte Deutschland selbstverständlich keine Wiedergeburt von Hitlers Großdeutschland sei.

So ersparte man sich eine Auseinandersetzung mit dem Revolutionsgeschehen von 1918/1919 und seinen bis heute nachwirkenden Licht- und Schattenseiten. Anders als die Bürgerbewegungen beim Zusammenbruch der DDR 1989 war die deutsche Revolution 1918 nicht friedlich. Zwar waren ein schneller Frieden und das Ende des Kriegsleidens zunächst das zündende Motiv für die Matrosenaufstände und die Bildung von Soldaten- und Arbeiterräten. Aber für diesen Frieden musste gekämpft werden, von vornherein auch mit Todesopfern. Und diese Opfer steigerten sich 1919 in die Tausende. Selbstverständlich war die Novemberrevolution von 1918 auch nicht, wie 1989, prokapitalistisch, sondern mehr oder weniger explizit sozialistisch. In der Massenbewegung, die sich rasend

schnell ausbreitete, wuchsen die Forderungen nach einer Enteignung der Großkapitalisten und der Großagrarien und nach demokratischer Mitbestimmung der Arbeitenden in den Betrieben.

Daran zu erinnern, hätte den Rednern an den 9. November nach 1989 gut angestanden. Aber das hätte nicht gut in das herrschende Bild vom Sieg der „westlichen“ Freiheit oder gar vom kapitalistischen Ende der Klassengegensätze, ja vom Ende der Geschichte, gepasst.

Aber dieses Ende hat bekanntlich nicht stattgefunden. Geschichte geschieht durch Veränderung – auch von Geschichtsbildern. In diesen Tagen kommen auch bisherige Beschweiger nicht drum herum, etwas zur Bedeutung und Aktualität der Novemberrevolution zu sagen.

Auch wir finden diese Revolution von sehr aktuell. Ich will hier zwei Akteure, die bis heute existieren, genauer betrachten: Die deutschen Sozialdemokraten und die deutschen Gewerkschaften.

### Die Sozialdemokraten

„Wer hat uns verraten? – Sozialdemokraten!“ Diese Parole aus den Arbeiterräten war damals verständlich. Gemeint waren vor allem die Führer des Feldzuges gegen die radikale Linke wie Ebert, Scheidemann, Noske. Gleichwohl war die Parole nicht wirklich zutreffend, denn diese Führer wollten nie eine Revolution, im Gegenteil, sie taten alles, um sie zu verhindern. Ebert war schon Anfang 1918 in die Leitung beim großen Munitionsarbeiterstreik eingetreten, um den Streik abzuwürgen, nicht etwa, um revolutionäre Kräfte zu unterstützen. Mit demselben Ziel hatte sich Noske Anfang November in Kiel an die Spitze der revolutionären Bewegung der Arbeiter und Soldaten gedrängt. Schon am Abend des 9. November schloss Ebert einen Bund mit der Obersten Heeresleitung – einschließlich einer geheimen Telefonleitung. Die MSPD-Führer wollten einen geordneten Übergang zu einer konstitutionellen Monarchie nach britischem

Muster und eine arbeitnehmerfreundlichere Sozialverfassung. Der Schwerpunkt lag auf „geordnet“.

Im Zweifelsfall haben sie das Bündnis mit den reaktionärsten Kräften der alten Ordnung jedem Zusammengehen mit radikaleren, kommunistischen, anarchistischen Kräften vorgezogen, auch um den Preis tausendfacher Opfer. Wenn heutige Historiker Eberts Politik als Strategie der Vermeidung eines „Bürgerkriegs“ rechtfertigen, ist das ein Hohn – denn Ebert und Noske führten selber im Bündnis mit den Freikorps einen brutalen Bürgerkrieg gegen alle Linken, die mehr wollten als einen parlamentarisch gemäßigten Kapitalismus. Das Ergebnis war, dass die alten Herrschaftsgruppen in Staat und Wirtschaft die politische Revolution unbeschadet überstanden und 15 Jahre später auch die Demokratie zerschlagen konnten.

Die Rolle der SPD ist hinreichend erforscht; es gibt nur graduelle Unterschiede der Bewertung. Bleibt die Frage, was die SPD der Gegenwart, die wir kennen, von der damaligen unterscheidet und was nicht.

- Zum einen gibt es heute keine weiter bestehende Oberste Heeresleitung und – jedenfalls in Deutschland – bisher noch keine paramilitärischen Freikorps. Die wichtigsten Ordnungskräfte sind heute die großen Kapitale selber. In der CDU schickt sich der Deutschland-Chef der weltgrößten Kapitalanlagefirma Blackrock an, Merkels Nachfolger zu werden; für die SPD hat der Vizekanzler und Finanzminister Scholz Herrn Kukies, den deutschen Chef von Goldman-Sachs, zum obersten Finanzmarktlenker und Staatssekretär gemacht. Das Bündnis mit den Kapitalmächtigen ist den heutigen Sozialdemokraten wichtiger, als mit irgendwelchen rebellischen Arbeiter/innen, Bürger/innen oder gar Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Wenn es um den Ordnungsfaktor Saudiarabien geht, dann schließt die deutsche SPD fest die Reihen mit der dortigen Monarchie und der heimischen Rüstungsindustrie.
- Anders als 1918 ist die Ideologie der heutigen Mehrheitssozialdemokraten nicht nur ordnungsliebend, sondern vor allem auch neoliberal – das bedeutet die Abkehr

von der Sozialstaatlichkeit, für die 1918/19 noch eingetreten wurde. Kapitalkonforme Sozialstaatsabwickler wie Schröder und Blair, Kern und Renzi, Hollande und Papandreou konnte es 1918 noch nicht geben.

### Die Gewerkschaften

Die Freien Gewerkschaften waren sozialdemokratisch, aber sie spielten 1918 eine eigene Rolle. Parallel zum direkten Draht von Ebert mit dem Heeres-Chef Groener vom 9. November gab es 6 Tage später das Stinnes-Legien-Abkommen, in dem die Spitzen der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände vereinbarten, dass ab sofort der 8-Stunden-Tag gelten sollte, dass die Gewerkschaften als Tarifpartner anerkannt wurden und dass die Arbeiter-Räte in den Betrieben Mitspracherechte haben sollten. Dafür verzichteten die Gewerkschaften auf alle weitergehenden Forderungen nach Sozialisierung, wie sie in der Revolution von den Räten erhoben worden waren.

Es war die Geburtsstunde der Deutschen Sozialpartnerschaft. Anders als beim Bündnis von Ebert mit der alten Militärmacht mussten die Herrschenden hier reale Zugeständnisse machen. Der Fabrikdespotismus schien gebrochen, Wege zur Wirtschaftsdemokratie und zum Ausbau des Sozialstaates schienen geöffnet.

Aber auch dieser Erfolg währte nur kurz: Die Arbeitgeber nutzten jede Gelegenheit zum Rollback. Der 8-Studentag wurde schon 1923 gekippt, und der Medienkapitalist Alfred Hugenberg, der das Stinnes-Legien-Abkommen 1918 mit unterzeichnet hatte, wurde im Januar 1933 Hitlers Wirtschaftsminister.

Und heute? Der DGB hat vor ein paar Tagen einen Festakt mit den Arbeitgeberverbänden und einer Festrede des Bundespräsidenten Steinmeier zum Thema „Hundert Jahre Sozialpartnerschaft“ veranstaltet. Beklagt wurde von DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann, dass heute immer mehr Arbeitgeber aus der 1918 vereinbarten Tarifbindung aussteigen. Aber davon, dass es 1918 ein Fehler war, die private Kapitalmacht unangetastet zu lassen, war nicht die Rede.

## Was blieb und bleibt bis heute unvollendet?

Wir haben in der Einladung zu dieser Kundgebung von einer „unvollendeten Revolution“ 1918 gesprochen – aber was dabei unvollendet blieb und was genauer heute von uns zu vollenden wäre, darüber können und müssen wir nachdenken, diskutieren und vielleicht auch streiten.

Eine These wäre, dass damals eine Chance zur antikapitalistischen Weltrevolution ungenutzt blieb. Lenin und Trotzki hofften auf ein Überspringen des Funkens auf die entwickelten kapitalistischen Länder, auch Liebknecht sprach in Berlin davon. – Aber das war leider Illusion. In den entwickeltsten kapitalistischen Ländern England, Frankreich, USA, die gerade den Weltkrieg gewonnen hatten, gab es keine revolutionäre Stimmung.

Nach einer anderen These wäre ein Rätssystem statt der parlamentarischen Demokratie die Vollendung der Revolution gewesen. Diese Idee entstand aus der revolutionären Erfahrung selber. Es waren stürmische und mitreißende Prozesse des Lernens, der Selbstermächtigung und der Emanzipation, die während der Revolution von 1918 an vielen Orten in Deutschland abliefen – völlig unerwartet angesichts der obrigkeitshörigen Verklemmungen im deutschen Politikbewusstsein. Anfangs folgte man den Sozialdemokraten als Sprechern und Deutern, aber nachdem die sich als Verbündete der alten Ordnung, gezeigt hatten, nahmen Mann und Frau die eigenen Angelegenheiten vielerorts in die eigenen Hände. Diese Prozesse blieben unvollendet oder wurden brutal gestoppt.

Solche Erfahrungen machten die Idee der Räte populär. Diese sollten nicht, wie die Parlamentarier, staattragend agieren, sondern von ihrer Basis direkte Aufträge erhalten.

Dennoch: Die Alternative „Räte oder Parlament“ war für die Linke nicht zu gewinnen, und die Räterepublik war auch als dauerhaftes Verfassungsmodell wenig überzeugend. Auch im revolutionären Russland hatte Lenin die Autonomie der Räte, der Sowjets, bereits zugunsten einer zentralistischen Parteidiktatur abgeschafft.

Ganz anders aber sieht es mit der Räte-Idee im wirtschaftlichen Bereich aus. Das Rätesystem hätte zum Hauptprinzip einer neuen Wirtschaftsordnung jenseits der Herrschaft des Großkapitals und auch jenseits bürokratischer Verstaatlichung werden können. In diese Richtung zielten ja auch die Bestrebungen vieler Arbeiterräte und der revolutionären Obleute: Die Produzenten sollten die Leitung der Produktion selber in die Hand nehmen. Ein Teil dieser Forderungen wurde, in äußerst abgeschwächter Form, dann auch in die Weimarer Verfassung aufgenommen – etwa die Bildung von Wirtschafts- und Sozialräten. Aber in der Hauptsache blieben die Forderungen nach Abschaffung, ja auch nur nach wirksamer Einschränkung der Kapitalmacht uneingelöst. – Das rächte sich bitter. Ab 1930 waren die deutschen Kapitalisten stark und dreist genug, im Bündnis mit den Hitler-Faschisten alle 1918 erkämpften Arbeiterrechte samt den Menschenrechten und der bürgerlichen Demokratie abzuschaffen.

Insgesamt blieb die Revolution von 1918 vor allem deshalb eine unvollendete, weil sie es nicht schaffte, die sozio-ökonomische Herrschaft umzuwälzen, einfacher gesagt: Die herrschende Klasse zu entmachten. Im Beamtenapparat und in der Justiz, im – viel zu lange weiterbestehenden – Militärapparat und bei den Großgrundbesitzern, bei den Eigentümern von Bergbau, Industrie und Banken, allesamt Kriegsgewinnlern, blieb alles beim Alten. Den Sozialdemokraten, die 1918 in Führungsrollen kamen, fehlte zu einer Entmachtungsstrategie meist schon der Wille, auf jeden Fall fehlte ihnen der Mut.

Und heute? Wollen wir die unvollendete Revolution von 1918 vollenden? Und wenn ja, wie? Ich denke, es wäre vermessen, heute eine neue Republik auszurufen, denn die Verhältnisse, die sind nicht so.

Und dies, obwohl wir heute noch besser wissen können als die Akteure von 1918, dass eine menschenwürdige, gerechte Gesellschaft mit dem Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht vereinbar ist. Der Kapitalismus ist global geworden und er fährt daher mit seinem blinden Profitzwang

nicht nur einzelne Länder, sondern die ganze Welt gegen die Wand, sozial, durch die extreme Steigerung von Ungleichheit, ökologisch durch die Vernichtung unserer Lebensgrundlagen, und auch die direkte Vernichtungsgefahr durch Kriege ist heute nicht geringer als vor 100 Jahren.

Die politischen „Eliten“ und Parteien führen Diskurse über „die Zukunft“ – aber kaum jemandem fällt dabei ein, eine Zukunft jenseits des Kapitalismus ernsthaft zu konzipieren.

Die liberale Demokratie, die in Deutschland erstmals vor genau 100 Jahren erkämpft worden ist, erlaubt uns immerhin, unsere Stimme zu erheben. Dabei sollten wir, noch klarer als die Revolutionäre von 1918, eine antinationalistische, eine grenzüberschreitende Perspektive einnehmen: Alle Menschen auf der gesamten Erdkugel haben dasselbe Recht auf ein gutes Leben und gute Arbeit.

Vorbilder für uns, im Alltag und in der Politik, sind die Revolutionäre von 1918 auf jeden Fall in einem Punkt: Wir können etwas tun! Es lohnt sich! Widerspruch gegen angemaßte Autorität, Courage gegen die Frechheit der Chefs, Zusammenschluss mit anderen, die sich empören oder Grund zur Empörung haben, mit einem Wort: Mut vor Fürstenthronen war damals und ist heute gut und richtig, und manchmal führt das auch dazu, dass nicht nur die Fürsten von den Thronen purzeln, sondern auch die Throne selber umstürzen.